

IA20 IA11 (GA): Offene Grenzen statt Schlagbäume: Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen

Gremium: JEF NRW, JEF Hessen, JEF BaWü
Beschlussdatum: 28.09.2024

Antragstext

1 Der 16. September 2024 markiert einen neuen Tiefpunkt der deutschen
2 Europapolitik. Mit der Einführung von Grenzkontrollen an sämtlichen deutschen
3 Außengrenzen greift die Bundesregierung die Freizügigkeit als eine der größten
4 Errungenschaften der Europäischen Union an.

5 Von Beginn an stand im Zentrum des im kommenden Jahr seit vierzig Jahren
6 geltenden Schengener Grenzkodexes der fundamentale Grundsatz, dass die
7 Freizügigkeit innerhalb der EU ein grundlegendes Prinzip darstellt, das nur in
8 Ausnahmefällen eingeschränkt werden darf. Grenzkontrollen an den EU-
9 Binnengrenzen sollten demnach lediglich als letztes Mittel in besonderen
10 Situationen eingesetzt werden.

11 Spätestens seit der sogenannten "Flüchtlingskrise" von 2015 ist dieser
12 Grundpfeiler jedoch durch das Vorgehen der Mitgliedstaaten nicht mehr
13 wiederzuerkennen: Unter Verweis auf immer neue Bedrohungslagen werden
14 Grenzkontrollen regelmäßig wieder eingeführt und verlängert. Auch wenn es im
15 Einzelfall durchaus legitime Gründe geben mag, so drängt sich doch in vielen
16 Fällen der Eindruck auf, dass gezielt nach Vorwänden gesucht wurde und wird, um
17 Grenzkontrollen zu rechtfertigen. Auch die im Zuge der COVID-19-Pandemie
18 umfassend erfolgten Schließungen der Binnengrenzen führten zu einer weiteren
19 Relativierung des Grundsatzes der offenen Grenzen und Freizügigkeit. Unter
20 anderem aufgrund dieser neuen Herausforderungen wurde im Mai 2024 der Schengener
21 Grenzkodex aktualisiert.

22 Wir beobachten, dass die Aktualisierung des Kodex aus dem Jahr 2024 nichts daran
23 ändert, dass es häufig an einer klaren Relation zwischen Anlass und Umfang der
24 Kontrollen sowie an einer fundierten Begründung des Bedarfs mangelt.

25 Diese Praxis steht im klaren Widerspruch zu den Bestimmungen des Kodexes, der
26 Grenzkontrollen nur „unter außergewöhnlichen Umständen“, als „letztes Mittel“
27 und nur in dem Maße erlaubt, wie es „zur Bewältigung der ernsthaften Bedrohung
28 unbedingt erforderlich ist“ (Art. 25 Abs. 1 und 2). Diese Vorgaben werden durch

29 die Mitgliedstaaten systematisch missachtet.

30 Spätestens seit dem 16. September 2024 reiht sich auch Deutschland ein in die
31 Staaten, die sowohl den Geist, als auch die rechtlichen Grenzen des Kodexes
32 systematisch missachten. Und das unter Applaus von Rechtsextremist:innen sowie
33 Populist:innen auf nationaler wie internationaler Ebene.

34 Angesichts dieser Entwicklungen und Trends, die wir jüngst vor allem – aber
35 nicht nur – in Deutschland beobachten, sind wir als Junge Europäische
36 Föderalist:innen Deutschland besorgt darüber, wie fahrlässig mit einer der
37 größten Errungenschaften Europas umgegangen wird. Wir nehmen nicht hin, dass der
38 Stellenwert des Schengener Grenzkodexes durch politische
39 Entscheidungsträger:innen zunehmend verwässert und zum politischen Spielball
40 gemacht wird!

41 Anknüpfend an unsere bereits 2016 gestartete Aktion #Don'tTouchMySchengen und
42 unsere Beschlüsse zur Stärkung des Schengenraums aus den Jahren 2016 und 2019
43 **stellen** wir mit aller Deutlichkeit **fest**:

44 1. **Die in Deutschland angeordneten Grenzkontrollen sind populistische**
45 **Symbolpolitik.** Derzeit dienen die Kontrollen an den Binnengrenzen –
46 insbesondere in Deutschland – dazu, den Anschein von Handlungsfähigkeit zu
47 wahren. Die Gewerkschaft der Polizei stellt selbst nach wenigen Tagen
48 frühzeitig als erstes Zwischenfazit fest, dass sie kaum ihre
49 vorprognostizierte Wirkung zeigen. Mit den Kontrollen oder Forderungen
50 nach ihnen will man dem gesellschaftlichen Druck nachgeben und politische
51 Forderungen kommunizieren, ohne aber inhaltliche Entscheidungen zu
52 treffen. Grenzkontrollen werden reflexartig und vorschnell als
53 vermeintliche Lösungen präsentiert, bloß um die öffentliche Meinung zu
54 beeinflussen und politische Mehrheiten zu sichern. Dass der
55 Bundesregierung als Antwort auf die Wahlergebnisse in Thüringen und
56 Sachsen im September 2024 nichts anderes einfiel, als der AfD
57 nachzueifern, betrachten wir als Kapitulation. Nicht nur verlieren die
58 proeuropäisch ausgerichteten und demokratischen Parteien sowie die von
59 ihnen getragenen Regierungen national wie international an
60 Glaubwürdigkeit, wenn sie populistische – nachweislich ineffektive –
61 Vorschläge übernehmen. Sie drohen auch im Kampf gegen antidemokratische
62 Kräfte zu unterliegen. Dies befeuert Spannungen und Ressentiments.

63 2. **Die Einführung von Grenzkontrollen ist keine Kompensation für andere**
64 **politische Versäumnisse.** Die Einführung von Grenzkontrollen und die
65 Forderung nach ihnen verschleiern die eigentlichen Probleme und
66 langjährigen politischen Versäumnisse. Die Entwicklung nachhaltiger und
67 ganzheitlicher Lösungen wird so verhindert. Grenzkontrollen dürfen nicht

68 eingeführt werden, um fehlende Ausstattung, Überforderung und mangelnde
69 Vorbereitung bei nationalen Behörden auszugleichen. Zudem darf dem
70 Versäumnis einer dringend notwendigen Erarbeitung und Vereinheitlichung
71 eines menschenwürdigen Asylsystems sowie der fehlenden politischen
72 Willenskraft hierfür nicht mit der vermeintlich wirksamen Symbolik der
73 Kontrolle von Binnengrenzen begegnet werden.

74 Deshalb **fordern wir**:

- 75 1. **Die Bundesregierung muss alle Grenzkontrollen umgehend beenden.** Sie hat
76 für die entstandenen Unstimmigkeiten bei unseren europäischen
77 Nachbarländern die Verantwortung zu übernehmen und jetzt wie zukünftig
78 jeden nationalen Alleingang in Bezug auf gesamteuropäische Angelegenheiten
79 zu unterlassen.

- 80 2. **Bekennnis zu offenen Grenzen.** Die Bundesregierung muss sich
81 unmissverständlich und konsequent zur uneingeschränkten Freizügigkeit als
82 Grundpfeiler der Europäischen Union bekennen. Sie muss ihren
83 Koalitionsvertrag, in dem sie noch zum Ziel gesetzt hatte, die "Integrität
84 des Schengenraumes wiederherzustellen" und sich mit ihren europäischen
85 Partnern abzustimmen, umsetzen. Angesichts der Tatsache, dass in
86 Deutschland, aber auch in allen anderen Mitgliedstaaten, Grenzkontrollen
87 normalisiert und sogar als positiv angesehen werden, bedarf es einer
88 fundamentalen Neuausrichtung des Grundverständnisses von Grenzen und
89 Offenheit in Europa.

- 90 3. **Bewahrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses.** Bei jeder politischen und
91 verwaltungsinternen Entscheidung braucht es einen unumstößlichen
92 Ausgangspunkt: Grenzkontrollen müssen die Ausnahme bleiben und als solche
93 benannt werden.

- 94 4. **Ausnahmegründe für Kontrollen dürfen nicht missbraucht werden.** Die – auch
95 nach den kürzlichen Änderungen des Schengener Grenzkodex fortbestehenden –
96 vagen und weit gefassten Formulierungen der Ausnahmegründe für die
97 Einführung von Grenzkontrollen dürfen nicht für nationale Agenden
98 ausgenutzt werden. Ausnahmegründe für Grenzkontrollen dürfen nicht
99 vorschnell angenommen, überdehnt, pauschalisiert oder inflationär
100 angewendet werden. Beispielsweise einmal vorhandene sachlich gegebene
101 Gründe für die zeitlich eng begrenzte Einführung von Grenzkontrollen, etwa
102 die Olympischen Spiele in Paris, dürfen in der politischen Diskussion
103 nicht zum Anlass genommen werden, um eine Fortdauer oder Neueinführung von

104 Kontrollen zu fordern. Ein bloß abstraktes Gefährdungsrisiko rechtfertigt
105 weder kurz- noch langfristige Grenzkontrollen.

106 **5. Die Anordnung von Grenzkontrollen durch Mitgliedsstaaten muss von einer**
107 **Genehmigung durch die Europäische Kommission abhängig gemacht werden.** Die
108 aktuell bestehende bloße Mitteilungspflicht gegenüber der Kommission
109 ermöglicht nationalen Missbrauch. Es muss bereits vor der Einführung von
110 Grenzkontrollen objektiv überprüft werden, ob diese im Einklang mit
111 europäischen Recht stehen und tatsächlich gerechtfertigt sind.
112 Insbesondere stellt die Prüfung durch die Kommission als Hüterin der EU-
113 Verträge und neutrale Instanz sicher, dass Grenzkontrollen nicht für
114 nationale Agenden instrumentalisiert werden.

115 **6. Konsequente und frühzeitige Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren.**
116 Die Europäische Kommission muss im Fall der missbräuchlichen Anordnung von
117 Grenzkontrollen die darin liegende Verletzung der EU-Grundfreiheit der
118 Freizügigkeit konsequent verfolgen und den EuGH anrufen. Insbesondere darf
119 sie hierbei nicht davor zurückschrecken, sich in nationale
120 gesellschaftspolitische Debatten einzumischen.

121 Der geringe Stellenwert, den die Mitgliedstaaten und insbesondere jüngst auch
122 die Bundesregierung der Errungenschaft der offenen Grenzen beimessen, zeigt für
123 uns als Junge Europäische Föderalist:innen einmal mehr die Notwendigkeit der
124 Schaffung einer Europäischen Verfassung. Diese muss die Freizügigkeit als
125 elementares Grundrecht enthalten. Nur so würde der Freizügigkeit in Europa die
126 Bedeutung zukommen, die sie für jede:n einzelne:n in Europa tatsächlich bereits
127 aktuell hat. Denn unser Europa baut Brücken, keine Grenzzäune. Unser Europa
128 steht für Solidarität und Zusammenarbeit, für gemeinsame Lösungen statt
129 nationaler Alleingänge. Und: Unser Europa darf nicht die wildesten Träume von
130 Faschist:innen und Populisten wahr werden lassen.

Begründung

erfolgt mündlich